



Sozialdemokratische Partei
Kanton Bern



Medienkonferenz vom 13. August 2013

Regierungsrat Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor des Kantons Bern

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich habe mich in diesem Sommer entschieden, für eine weitere Legislatur als Regierungsrat zu kandidieren. Ich habe nach reiflicher Überlegung entschieden, dass es zu früh wäre, nach acht Jahren der Verlockung, wieder etwas anderes zu tun, zu folgen. Trotz starker Belastung und nicht selten politischem Gegenwind überwiegen das Positive, die erreichten Dinge, die Gestaltungspotenziale und die Freude, die Politik im Kanton Bern an dieser Stelle mitzugestalten.

Wenn ich einen **Rückblick** auf die letzten sieben Jahre mache, so stelle ich fest, dass vieles von dem, was ich mir – namentlich in meinem Wahlprogramm 2006 – vorgenommen hatte, effektiv realisiert werden konnte.

Das hat verschiedene Gründe – ein zentraler Grund war und ist aber die **rot-grüne Mehrheit** im Regierungsrat.

Einige Elemente eines Rückblicks auf die Arbeit der Regierung im Aufgabenbereich der Erziehungsdirektion – im Telegrammstil und natürlich nicht komplett.

Im Bereich der **Volksschule** konnten wir:

- die Schule mit dem **Ausbau der Tagesschulen** und den flächendeckenden Blockzeiten familienfreundlicher gestalten – mit der Revision des Volksschulgesetzes 2008 hat Bern hier eine Führungsrolle übernommen; die Revision darf als eine der grossen Erfolge dieser Regierung angesehen werden;
- die seit 1992 im Volksschulgesetz verankerte **Integration** sachte und pragmatisch umsetzen;
- mit der Annahme des **HarmoS-Konkordats** in der Volksabstimmung 2009 den Kanton Bern als aktiven Partner der schweizerischen Schulharmonisierung beibehalten – zum Beispiel mit der Einführung des Plan d'études romand und der Mitarbeit beim Lehrplan 21;
- den zweijährigen Kindergarten und die freiwillige **Basisstufe** mit grosser Mehrheit durch den Grossen Rat bringen – eine pädagogische Innovation, die nicht zuletzt auch aus schulorganisatorischen Gründen auch im ländlichen Raum geschätzt wird;
- die im HarmoS-Konkordat verankerte **Fremdsprachenvorverlegung** in beiden Kantonsteilen sorgfältig und ohne grössere Probleme umsetzen;
- das neue **Berufswahlkonzept** erfolgreich einführen.

Im Bereich der **Berufsbildung**:

- ist die **Lehrstellenkrise** längst vergessen – die Anzahl Lehrstellen erreicht jährlich neue Rekordwerte;
- konnte dank der Lehrstellenberichte und der Lehrstellenkonferenzen gemeinsam mit der Wirtschaft die **Zahl der Jugendlichen ohne Anschlusslösung seit 2007 um 40 Prozent reduziert** werden, namentlich durch den Aufbau der EBA-Ausbildungen und des Case Managements;
- wurde mit der **Berufsschulorganisation 2008** die Grundlage für stabile Berufsschulstrukturen geschaffen;
- wurde die Koordination der **Brückenangebote** – zusammen mit VOL und GEF – an die Hand genommen, um Doppelspurigkeiten abzubauen und Lücken zu schliessen;

- wurde für die **höhere Berufsbildung** eine neue Finanzierungslösung erarbeitet, welche Freizügigkeit ermöglicht und Wettbewerbsverzerrungen verhindert.

Im Bereich der **Mittelschulen**:

- konnten mit gemeinsamen Orientierungsarbeiten, einer Verbesserung der Prüfungsaufsicht der kantonalen Maturitätskommission und dem Projekt Selbstorganisiertes Lernen Forderungen nach Standardisierung und Einheitsmatur verhindert und die **Qualität der Matur** gestärkt werden;
- konnte mit der **Quarta-Lösung** ein entscheidender Vorschlag zur Verbesserung der Matur im Kanton Bern gemacht werden – diesen gilt es nun erfolgreich politisch umzusetzen.

Im Bereich der **Hochschulen** konnten wir:

- mit der Revision der Universitätsgesetzgebung (und des Gesetzes über die Berner Fachhochschule sowie des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule) die **Autonomie** der Universität, der Berner Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule Bern **stärken**;
- mit dem Grundsatzbeschluss des Grossen Rates zur **Standortkonzentration der BFH** den entscheidenden Schritt für die Stärkung des Fachhochschulstandortes Bern machen.

Insgesamt ist es gelungen, dass Ziel der **Beruhigung** im Reformdschungel zu erreichen. Anstehende und schon beschlossene Reformen werden sorgfältig umgesetzt.

Nun sind so gut wie alle Reformbaustellen aus Sicht der Erziehungsdirektion abgearbeitet, neue strukturelle Projekte stehen kaum an. Für die nächsten Jahre ist mein zentrales Ziel, in der Bildungswelt zu ermöglichen, dass sich Unterrichtende auf ihr **Kerngeschäft** konzentrieren können. Dazu sollen sie Freiräume behalten und diese auch weiterentwickeln. Im Rahmen eines breiten pädagogischen Dialogs sollen sich die Schulen und die Bildungsinstitutionen **von unten weiterentwickeln** können. Die Erziehungsdirektion wird dazu Diskussionsplattformen anbieten und die Entwicklung anregen und unterstützen.

Zentrales strategisches Ziel bleibt dabei für mich die **Verbesserung der Anstellungsbedingungen** – im weitesten Sinne des Wortes.

Im Bereich der **Kultur** hat die Regierung:

- die von vielen Seiten geforderte **Kulturstrategie** erarbeitet und darauf aufbauend das **Kulturförderungsgesetz** total revidiert;
- die **Filmförderung** ausgebaut;
- das Projekt „**Bildung und Kultur**“ lanciert und generell die Kulturvermittlung gestärkt;
- mit der **Fusion Symphonie-Orchester – Stadttheater** in Bern und Biel wesentliche strukturelle Verbesserungen erreicht.

Es stimmt, dass es in den letzten zwei Jahren in der Führung des Amtes für Kultur einige Probleme gab und ich diese aus Sicht einiger Partner nicht genügend schnell und mit harter Hand erledigte. Das Amt für Kultur ist heute aber hervorragend organisiert und schreitet mit einer erneuerten Führungscrew in die Zukunft. In den nächsten Jahren geht es darum, in der Kulturpolitik mit dieser „Crew“ weitere Akzente für den Standort Bern zu setzen.

In dieser Legislatur musste ich mit der Lohnvorlage und der Pensionskassenvorlage grosse, oft belastende Dossiers bewältigen. Nicht in jedem Punkt konnte ich dabei die aus Sicht der Regierung richtige Lösung erreichen. Das Ziel guter Anstellungsbedingungen bleibt zentrale Handlungssache der Regierung und ich darf mit einiger Freude darauf hinweisen, dass mit der Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) der finanzielle Spielraum erarbeitet wurde, damit in den nächsten Jahren der nötige Gehaltsaufstieg sichergestellt werden kann.

Persönlich bedauere ich die in den letzten Jahren erfolgte **Verhärtung in der politischen Diskussion** in diesem Kanton. Mein Ziel ist und bleibt, zu einer lösungsorientierten Politik beizutragen und mit dieser Art Politik auch eine zentrale Achse meines Wahlprogramms 2006 weiterhin umzusetzen.